

3. Dezember 2002

## **P R E S S E E R K L Ä R U N G**

### **Innenministerkonferenz soll humanitäre Regelung zum Aufenthaltsrecht für geflüchtete Roma-Familien beschließen**

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, forderte heute von der ab dem 4. Dezember 2002 in Bremen tagenden Innenministerkonferenz, eine humanitäre Regelung zum Aufenthaltsrecht für geflüchtete Roma-Familien zu beschließen. Der weitere Aufenthalt in Deutschland solle insbesondere Flüchtlingsfamilien aus Ost- und Südost-Europa gestattet werden, die sich schon seit mehreren Jahren in Deutschland befinden, appellierte Rose an die Innenminister der Länder. Eine Abschiebung in Länder, in denen es für die Romafamilien keine Rechtssicherheit gebe und in denen sie noch immer von Ausgrenzung und Rassismus bedroht sind, sei nicht vertretbar, so Rose weiter. Der Zentralratsvorsitzende erinnerte daran, dass Deutschland auch eine Kontingentregelung für die Aufnahme jüdischer Flüchtlingsfamilien aus der ehemaligen Sowjetunion getroffen habe. Eine Abschiebung der Romafamilien ins Elend würde den Grundstandards der Menschenrechte widersprechen, erklärte Rose.

Unwürdig nannte der Zentralratsvorsitzende die derzeitige öffentliche Diskussion über die geflüchteten Roma, deren ungeklärte Situation auch dazu benutzt werde, Stimmung gegen alle Sinti und Roma in Deutschland zu machen. Während offizielle Berichte des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) die bedrohte Situation der Roma in den Herkunftsländern darstellten, unternehme der für die Osterweiterung zuständige EU-Kommissar, Günter Verheugen, keine ausreichenden Initiativen gegenüber den verantwortlichen Regierungen, so dass Diskriminierung und rassistische Übergriffe gegen die Roma in Ost- und Südosteuropa weitergehen.